

<http://www.derwesten.de/nachrichten/politik/Buerger-laufen-Sturm-gegen-Gasbohrungen-id4185850.html>

Energie

Bürger laufen Sturm gegen Gasbohrungen

Politik, 19.01.2011, Jürgen Polzin



Nach Niedersachsen plant der Energiekonzern Exxon Mobil auch in Nordrhein-Westfalen Probebohrungen nach unterirdischen Erdgasvorkommen. Foto: dapd

Münster. In NRW wächst der Widerstand gegen die geplanten Erdgas-Bohrungen internationaler Energiekonzerne.

In NRW wächst der Widerstand gegen die geplanten Erdgas-Bohrungen internationaler Energiekonzerne. Bürgerinitiativen im Münsterland laufen wegen befürchteter Umweltschäden und Enteignungen Sturm gegen mögliche Erkundungsbohrungen des US-Öl-Multis Exxon Mobil. Sie haben bereits tausende Unterschriften gesammelt.

Rund ein Dutzend Energiekonzerne aus den USA, Kanada, Australien und Deutschland haben halb NRW unter sich aufgeteilt, um vermutete Gasvorkommen zu erkunden. In mehreren tausend Metern Tiefe ist das Gas in Kohle- oder Schieferschichten gespeichert. Es kann nur mit großem Aufwand und teils nur mit Einsatz giftiger Chemikalien gefördert werden. Die unter NRW vermutete Gasmenge würde aber theoretisch ausreichen, um das Land einige Jahrzehnte lang mit Wärme zu versorgen.

„Es sind wichtige Investitionen für Deutschland“, sagte Gernot Kalkoffen, Vorstandsvorsitzender von Exxon Mobil, am Mittwoch auf einer Sondersitzung des Regionalrats Münster. Der Konzern hat in Nordwalde (Kreis Steinfurt) eine rund 2,5 Millionen Euro teure Erkundungsbohrung beantragt. Weitere sind in Borken und Drensteinfurt geplant. Exxon versprach, die verwendeten Chemikalien offenzulegen sowie die betroffenen Gemeinden und Anwohner zu informieren. Das Unternehmen könne aber keine Garantie geben, dass keine Unfälle passierten. „Doch wir machen nichts, von dem wir nicht überzeugt sind, dass wir es beherrschen“, so Kalkoffen.

Das grüne Licht für Exxon-Probebohrungen gilt als Signal für weitere millionenteure Erkundungen in NRW. Doch der massive Bürgerprotest im Münsterland zeigt in den Behörden Wirkung: Die Bezirksregierung Arnsberg, zuständig für die Erteilung der Genehmigungen, regt eine Verschärfung des Bergrechts an. Umweltverträglichkeitsprüfungen sollen zur Pflicht werden, Bürger mehr Beteiligungsmöglichkeiten erhalten.